

Türkei-Info



Solidarität mit dem ÜRÜN-Verlag!

September 1978

**INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN**

AUFRUF

In der Türkei, wo die Republikanische Volkspartei (C P), den ausschlaggebenden Teil der Regierung bildet, wer an weiterhin die Presse-Meinungs- und Organisationsfreiheiten mit Füßen getreten, auf die vorhandenen- wenn auch begrenzt- demokratischen Rechte und Freiheiten Angriffe gestaltet, die einen Verstoss gegen die Schlussakte von Helsinki und Menschenrechtskonvention der UNO darstellen.

Die letzten zwei Praktiken der Ecevit-Regierung be weisen dies. Die Regierung liess das Heft "Programm der Kommunistischen Partei der Türkei" beschlagnahmen und gegen den ÜRÜN-Verlag, der das Programm der TKP legal veröffentlicht hatte, ein gerichtliches Verfahren einleiten. Ebenfalls liess die Regierung das Heft "Dokumente der TKP-Konferenz" beschlagnahmen und gegen den TEMEL-Verlag ein gerichtliches Verfahren einleiten, da dieser das Heft legal veröffentlicht hat.

Die Staatsanwaltschaft will über den ÜRÜN-Verleger Ahmet Taştan eine schwere Gefängnisstrafe von mindestens 11 Jahren und 8 Monaten verhängen. Der nächste Prozesstag ist der 17. Oktober.

Die Staatsanwaltschaft beruft sich auf die berüchtigten Paragraphen des türkischen StGBs 141 und 142, die im Jahre 1936 von Mussolinis Italien übernommen und noch mehr verschärft worden sind. Diese Paragraphen ver bieten die Kommunistische Partei der Türkei, sowie Presse-Meinungs- und Organisationsfreiheit.

Es ist eine Schande, dass diese Paragraphen auch unter der Ecevit-Regierung in Anwendung kommen, genauso wie unter der Amtszeit Demirels. Es ist auch eine Schande dass die CHP Mitglied der Sozialistischen Internationale ist und vor der Regierungsbildung des öfteren erklärt hat, dass sie diese faschistischen Paragraphen aufheben wird, dass sie eine westliche Demokratie anstrebe, in

der alle politischen Parteien verschiedener Weltanschauung vertreten sein sollten.

Der Rechtsruck in der Politik der Regierung ist unverkennbar. Es gilt unsere Stimme gegen die Angriffe der Regierung auf die sowieso begrenzten demokratischen Rechte und Freiheiten in der Türkei zu erheben, zudem die KP der Türkei die einzige noch in Europa verbotene KP ist.

Angesichts dieser Tatsache sind wir, die türkischen Arbeiter und Intellektuelle in Westberlin zusammengekommen und ein "Solidaritätskomitee mit dem ÜRÜN-Verlag" gegründet. Wir wollen durch Unterschriftensammlungen, Protestbriefen und Solidaritätskampagnen mit dem ÜRÜN-Verlag dazu beitragen, dass die Regierung mit ihren Angriffen auf die demokratischen Rechte Schluss macht, und der Prozess gegen den ÜRÜN-Verleger Ahmet Taştan aufgehoben wird.

Wir rufen alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in Westberlin dazu auf, sich mit dem ÜRÜN-Verlag zu solidarisieren und unsere Aktionen zu unterstützen!

Schickt bitte Protestbriefe an den Ministerpräsidenten Bülent Ecevit!

Bekundet eure Solidarität mit dem ÜRÜN-Verlag!

Solidarisiert euch mit dem ÜRÜN-Verlag

Solidaritätskomitee
mit dem ÜRÜN - Verlag
Manteuffelstr. 102
1000 Berlin 36

An den
Ministerpräsidenten der Türkei
Herrn Bülent Ecevit
Bakanlıklar - ANKARA

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich habe mit grosser Überraschung und Erschütterung erfahren, dass die Staatsanwaltschaft gegen den ÜRÜN-Verlag ein gerichtliches Verfahren eingeleitet und gegen den Verlag-Direktor Ahmet Taştan eine schwere Haftstrafe von 11 Jahren und 8 Monaten beantragt hat, da dieser Verlag "das Programm der Kommunistischen Partei der Türkei" veröffentlicht hat.

In einem demokratischen Land sind die Meinungs- und Pressefreiheit, die freie Meinungsbildung- und Äusserung, unverzichtbare Bestandteile der demokratischen Grundrechte- und Freiheiten, zumal die Hauptträgerin der gegenwärtigen Regierung in ihrem Land, die Republikanische Volkspartei (CHP), deren Vorsitzender Sie sind, Mitglied der Sozialistischen Internationale ist. Im übrigen ist die Kommunistische Partei der Türkei die einzige noch in Europa verbotene KP.

Ich bitte Sie daher, sich dafür einzusetzen, dass der Prozess gegen den ÜRÜN-Verlag, der am 17. Oktober statt finden wird, aufgehoben wird.

Hochachtungsvoll

DER PROZESS GEGEN DAS PROGRAMM DER KP DER TÜRKEI

Der 51. Ausgabe vom ÜRÜN entnommen

"Wie bekannt wurde, im Mai 1978 eins von unserem Verlag herausgegebener Bücher "Das Program der KP der Türkei" sofort beschlagnahmt und zugleich gegen unseren presseverantwortlichen Redakteur Ahmet Taştan, wegen der Verletzung der Paragraphen 142 und 159 des türkischen Strafgesetzbuches, eine öffentliche Anklage vom 2. Schwurgericht eingeleitet. Ausserdem vernahm die Staatsanwaltschaft für gesellschaftliches Vergehen in Istanbul, unseren presseverantwortlichen Redakteur wegen des Paragraphen 141.

Bei dieser Prozessführung wurde das Buch, im Gegenteil zur allgemeinen, von Staatsanwaltschaft zur Gutachteruntersuchung nicht zugewiesen, man bedürfte sogar gar kein Gutachter.

Die Staatsanwaltschaft behauptet in seiner Anklageschrift vom 24.5.78 unter Aktennummer 978/212 Hz, 978/241 E, dass das Buch "Das Program der Kommunistischen Partei der Türkei" die Paragraphen 142/1, 142/2 und 159/1 des türkischen Strafgesetzbuches verletzte.

In der Anklageschrift werden behauptet, dass auf den Erläuterungen in den Abschnitten des Buches auf den Seiten 5-8 "Einleitung", 18-22 "Der Kampfaufgabe der TKP", 23-28 "Der gegenwärtige Kampf des Volkes der Türkei um die internationalen Voraussetzungen", 31-36 "National-sozialer Befreiungskampf", die Herrschung einer sozialen Klasse über die anderen und den Absturz der bestehenden Ordnung gezielt propagandiert werden und somit gegen den ersten Satz des Paragraphen 142 des türkischen Strafgesetzbuches mehrmals verstossen worden und wurde die Anwendung des Paragraphen 80 des türkischen Strafgesetzbuches beantragt.

Im türkischen Strafgesetzbuches beträgt der Straftat im Paragraphen 142/1 5 bis 10 Jahren schwere Gefängnisstrafe. Falls die Tat durch die Presse erfolgt, wird die Strafe um 1/2 erhöht. Hinzukommt die Erhöhung um 1/6 oder 1/2 wegen des Paragraphen 80.

In diesem Fall beträgt die beantragte Strafe für unseren presseverantwortlichen Redakteur auf Grund des Paragraphen 142/1 8 Jahre 9 Monate.

...wegen des Paragraphen 142/3 1 Jahr 9 Monate...
wegen des Paragraphen 159/1 1 Jahr 2 Monate...
schliesslich liegt die untere Grenze der beantragten Strafe auf Grund der von der Staatsanwaltschaft in Istanbul, mit Aktennummer 978/236 E des zweiten Schwurgerichtes, gegen unseren presseverantwortlichen Redakteur erhobenen Anklage bei 9 Jahre 11 Monate schwere Gefängnisstrafe und 1 Jahr 9 Monate Gefängnisstrafe, insgesamt bei 11 Jahre 8 Monate."

So lauten die berüchtigten Paragraphen:

141, Abs. 1 StGB:

Diejenigen, die auf irgendeine Art und Weise oder unter irgendeinem Namen versuchen, Vereinigungen zu gründen oder tatsächlich gründen, oder ihre Tätigkeiten ordnen oder leiten oder beraten, um die Herrschaft einer sozialer Klasse zu begründen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen, werden zu 8 bis 15 Jahren schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.

142, Abs. 1 StGB:

Derjenige, der auf irgendeine Art und Weise Propaganda treibt, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen oder die politischen und rechtlichen Ordnungen total zu zerstören, wird zu 5 bis 10 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt.

Kurze Geschichte der Türkei

2.11.1914

Kriegseintritt der Türkei an der Seite Deutschlands.

7.11.1917

Oktoberrevolution in Russland, die auf die Sozialen Verhältnisse in der Türkei sehr grossen Einfluss ausgeübt hat.

30.10.1918

Waffenstillstand von Mudros. Besetzung Istanbuls und verschiedener Teile Anatoliens durch die Entente (u.a. England, Frankreich, Italien).

1919

-Landung griechischer Truppen in Izmir. Beginn des türkischen nationalen Befreiungskampfes durch Bildung von Partisanen Abteilungen.

-Ankunft von Mustafa Kemal in Samsun; er setzt sich an die Spitze des nationalen Befreiungskampfes der Türkei.

1920

-Bildung einer provisorischen Regierung in Ankara unter Vorsitz Mustafa Kemals.

-Bildung der demokratisch-antiimperialistischen Organisation "Grüne Armee", die die gegen die Besatzer kämpfenden Partisanenabteilungen zusammenfasst.

-Militärische Verträge zwischen der Regierung von Ankara und der UdSSR.

-Vertrag von Sevres Zwischen der Sultansregierung in Istanbul und der Entente, der die Aufteilung der Türkei auf die Entente vorsieht.

-Die UdSSR erkennt den Vertrag von Sevres nicht an.

-1. Mai Demonstrationen in Istanbul gegen die Besatzer.

-Erzwungene Selbstaflösung der "Grünen Armee" durch die Regierung Mustafa Kemals. Bildung einer regulären Armee. Gesetz über die Auflösung von Partisanenabteilungen.

-Erste sowjetische Hilfe an die türkische Befreiungsbewegung.

-Gründung der Kommunistischen Partei der Türkei durch Mustafa Suphi in Baku.

1921

-Heimtückische Ermordung der Führer der Kommunistischen Partei der Türkei am Schwarzen Meer.

-Türkisch-Sowjetischer Freundschaftsvertrag.

1922

-Verbot der Kommunistischen Partei der Türkei.

-Evakuierung Anatoliens durch die Besatzer.

1923

Gründung der Republikanischen Volkspartei durch Mustafa Kemal.

-Vertrag von Lausanne. Evakuierung Istanbuls durch die Entente. Ankara wird Hauptstadt.

-Abschaffung der Türkischen Republik Mustafa Kemal wird der erste Präsident der Türkei.

-Wirtschaftskongress in Izmir. (Mit diesem Kongress wird die kapitalistische Entwicklung und die Förderung einer nationalen Bourgeoisie festgelegt.)

1924

-Abschaffung des Kalifats.

-Ausarbeitung einer Verfassung nach westlichem Muster.

1925

-Verabschiedung des "Ordnungsschutzgesetzes", das jegliche politische und berufliche Organisation sowie Streiks verbietet.

-Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag zwischen der Türkei und der UdSSR.

1927

Verhaftungswelle gegen die TKP-Mitglieder.

1932

Politik des Etatismus in der Wirtschaft.

1935

Verlängerung des türkisch-sowjetischen Vertrages von 1925 um 10 Jahre.

1936

Übernahme der Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzes aus Mussolini-Italien, die jegliche Versammlungs-, Meinungs-

und Organisationsfreiheit verbieten und heute noch gültig sind.

1938

Tod von Mustafa Kemal Atatürk.

1946

Verhaftungswelle gegen Komunisten
-Gründung der Demokratischen Partei.

1947/48

Truman-Doktrin und Marshall-Plan bringen die Türkei in völlige Abhängigkeit von den USA.

1950

Wahlsieg der Demokratischen Partei.
Beginn des 10 Jahre andauernden, USA-hörigen Bayar-Menderes Despotismus.
-Entsendung einer 4,500 Mann starken Truppe nach Korea zur Unterstützung der US-Intervention.

1951

Verhaftungswelle gegen die TKP-Mitglieder.

1952

Die Türkei tritt der NATO bei.

1955

Die Türkei tritt dem Militärischen Bagdadpakt (später CENTO) bei.

1960

Militärputsch. Auflösung der Demokratischen Partei und Verhaftung ihrer Führer und Regierungsmitglieder.

1961

Annahme einer neuen demokratischen Verfassung.

1965

Wahlsieg der Gerechtigkeitspartei, die als Nachfolgerin der Demokratischen Partei gegründet wurde.
Beginn einer neuen Periode unter Demirel.

1967

Gründung der DISK ("Progressiver Gewerkschaftsbund").
-Machtvolle Studentendemonstration gegen das Einlaufen der 6. US-Flotte in türkische Häfen.
-Kampfdemonstrationen gegen die NATO.

1969

Wahlsieg der Gerechtigkeitspartei unter Demirel.
10.6.1970
Machtvolle Demonstration von 100.000 Arbeitern gegen die gewerkschaftsfeindliche Politik der Regierung. Einsatz von Panzern und Armeeeinheiten gegen die Arbeiter. 3 Tote, 900 Verletzte.

12.3.1974
Reaktionärer Militärputsch. Beginn einer zweieinhalb Jahre andauernden Terror- und Unterdrückungswelle.

14.10.1973
Die Republikanische Volkspartei unter Ecevit geht aus den Wahlen als Sieger hervor, sie erringt jedoch nicht die absolute Mehrheit.

1974
Nach langem Tauziehen Bildung einer Koalition von Republikanischer Volkspartei (CHP) und Nationaler Heilspartei (MSP).

Juni 1974

Invasion der türkischen Truppen in Zypern.

31.3.1975

Machtantritt der Nationalistischen Front.
1. Mai 1976
Zum ersten Mal wird der 1. Mai seit 52 Jahren, trotz des Verbots gefeiert.

September 1976

Breite Generalstreik und Protestaktion gegen "Staatsschutzgerichte," die mit Erfolg abgeschlossen wird.

Mai 1977

Grossartige 1. Mai-Manifestation mit über 500 Tausend Teilnehmer. Angriff der faschistischen Verschwörer auf diese Demonstration. Rosultat: 37 Tote über 300 verletzte.

31. Dezember 1977

Ende der "Nationalistischen Front"-Regierung.

20. März 1978

Wahrstreik gegen den Faschismus.
7. März 1980
Wahlsieg der Demokratischen Partei (CHP) unter Demirel.

Politische Parteien

1-Cumhuriyet Halk Partisi (CHP) "Republikanische Volkspartei". 1923 von Atatürk gegründet, sozialdemokratisch orientiert. Trifft für demokratische Reformen ein. Bildet die grösste Fraktion sowohl im Parlament als auch im Senat. Hat im Parlament 214 Sitze. Vorsitzender ist Ecevit.

2-Adalet Partisi (AP) "Gerechtigkeitspartei". Gegründet 1961, trat als Nachfolgerin der 1946 gegründeten und 1960 verbotenen Demokratischen Partei auf. Vertritt das in- und ausländische Grosskapital und die Grossgrundbesitzer. 178 Sitze im Parlament. Vorsitzender ist Demirel.

3-Milli Selamet Partisi (MSP) "Nationale Heilspartei". Eine reaktionäre, klerikale Partei, die danach strebt, die Islamgesetze auch im Staat in Anwendung zu bringen. 24 Sitze. Vorsitzender ist Erbakan.

4-Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) "Partei der Nationalistischen Bewegung". Eine faschistische Partei, die durch ihre bewaffneten und militärisch ausgebildeten Herrorkommandos und Schlägertrupps das Land ins Chaos treiben und damit die Macht erobern will. Seit 1973 kommen fast 400 Morde auf ihr Konto. Geniesst grosszügige Unterstützung der AP. 16 Sitze. Vorsitzender ist Türkeş, der 1944 wegen pro-nazistischer Umtriebe verhaftet wurde.

5-Cumhuriyetçi Güven Partisi (CGP) "Republikanische Vertrauenspartei". Eine konservative Partei. Abspaltung von der CHP. 2 Sitze. Vorsitzender ist Fevziye.

6-Demokratik Parti (DP) "Demokratische Partei". Ebenfalls eine konservative Partei. Abspaltung von der AP. Vorsitzender ist Bozbešli. Der einzige Abgeordnete der DP im Parlament Feruk Sükan ist zugleich stellvertretender Ministerpräsident.

7-Türkiye Komünist Partisi (TKP) "Kommunistische Partei der Türkei". 1920 gegründet.

Die gegenwärtige Lage im Parlament

Regierung

CHP	214 Sitze
DP	1 Sitz
Unabhän.	14 Sitze
	<u>229</u>

4 Sitze sind unbesetzt

Opposition

AP	175 Sitze
MSP	24 "
MHP	16 "
CGP	1 Sitz
Unabhän.	1 "
	<u>217</u>

Die Politische Lage Heute

Anfang Januar 1978 bildete B.Ecevit (Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei CHP), eine neue Regierung unter Beteiligung der beiden konservativen Parteien, der Republikanischen Vertrauenspartei (CGP) und der Demokratischen Partei (DP) sowie den 10 aus der Gerechtigkeitspartei (AP) ausgeschiedenen, ebenfalls konservativen und abhängigen Abgeordneten. So ist jetzt von einer Regierung zu sprechen, in der die CHP die "gewichtigste" Fraktion ist. Der rechtskonservative Anteil dieser Regierung verstärkt den Rechtsruck in der Politik der CHP-Führer, so dass die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung und den werktätigen Massen von Tag zu Tag steigt.

Nach der Bildung der neuen Regierung erklärte der Ministerpräsident Ecevit: "Wir haben eine Ruine als Erbe von der Demirel-Regierung übernommen." Und mit Recht. Denn die "Nationalistische Front" unter Demirel brachte das Land in 3 Jahren an den Rand des Zerfalls. Es galt, dieses schwere Erbe zu überwinden. Dazu hätten grundlegende Veränderungen vollzogen werden müssen. Doch sehr bald stellte sich heraus, dass die Ecevit-Regierung, die eine zwiespältige, schwankende, unentschlossene

Politik verfolgte und verfolgt, unfähig war dies zu meistern.

Es ist festzustellen:

Die demokratischen Forderungen der Arbeiter und Gewerkschaften wurden nicht verwirklicht. Ecevit schloss sogar ein Abkommen mit den Führern der gelben Gewerkschaften (Türk-İş). Dieses Abkommen, das sich "gesellschaftliches Abkommen" nennt und wogegen von den fortschrittlichen Organisationen scharf protestiert wurde, beinhaltet faktisch die Einfrierung der Löhne der Arbeiter und An^ugestellten im öffentlichen Dienst und Verzicht auf Arbeitskampf.

Die Bauern, die die Erhöhung der Grundpreise ihrer Agrarprodukte forderten, blieben unerhört.

Der Mittelschicht angehörende Beamte und Lehrer sind wie vorher den Preiserhöhungen ausgeliefert und müssen unter dem Existenzminimum leben.

Kurz gefasst: Es werden keineswegs genügend erforderliche Massnahmen ergriffen, die nachhaltig die Lage der Werktätigen Bevölkerung verbessern würden.

Die Gefahr des Faschismus ist unüberwunden



Bürgerkrieg in Malatya

Parallel zu der wirtschaftlichen Krise, die seit Jahren andauert, wird der faschistische Terror durch die reaktionären Kräfte verstärkt. Es gehört schon zum alltäglichen Leben, dass ihm täglich 3-5 Menschen zum Opfer fallen.

Die reaktionären Kräfte, die mit CIA und MIT (türk. Geheimdienst) Hand in Hand arbeiten, hoffen: durch den im bisher unerreichtem Masse verstärkten Terror einen bürgerkriegsähnlichen Zustand zu schaffen und sich damit an die Macht zu bomben. Ihr augenblickliches Ziel ist die Stürzung der Ecevit-Regierung.

"Allein in den ersten Monaten dieses Jahres sind in der Türkei bei politischen Attentaten über 220 Menschen ums Leben gekommen, explodierten 300 Bomben." (Zitiert nach "Der Spiegel" vom 8.5.78)

In welchem Masse der Terror verstärkt wurde, wird am besten an dem rapiden Anstieg der Opfer ersichtlich.

<u>JAHR</u>	<u>ANZAHL DER POLITISCHEN MORDE</u>
1968	2
69	10
70	19
71	22
72	22
73	15
74	27
75	37
76	109
77	319
78 bis 7. September	404
	<u>+</u>

986

(Angaben der Tageszeitung

"Cumhuriyet" vom 7.9.78)

Allein im August 78 forderte der faschistische Terror 69 Menschenleben. Fortschrittliche Arbeiter, Studenten werden skrupellos auf offener Strasse erschossen. Mit Maschinenpistolen und Bomben bewaffnete Faschisten grei



Eine Szene aus den Manövern der Gendarmerieeinheiten, die unmittelbar dem Innenminister unterstehen. Bei diesen Manövern stellte die eine Seite die feindliche Gruppe -die Kurden- dar. Sie wurden vernichtet. Diese Manöver bildeten den Höhepunkt der chauvinistischen Hetze und lösten eine Terrorwelle gegen das kurdische Volk aus.

fen bestimmte Stadtbezirke oder Schulen an, in der Absicht diese zu erobern.

Bei den letzten organisierten Terroranschlägen trat ein wesentliches Merkmal zutage: Die Aktionen werden in den Osten der Türkei verlagert. Faschistische Banden, unterstützt von MIT, CIA und Konter-Guerilla, führen ihr blutiges Handwerk dort fort, wo das Volk durch religiöse und feudale Umstände besser gespalten und wo das kurdische Volk besser unterdrückt werden kann. In den Städten wie Elazig, Sivas und Malatya dauern die mörderischen Auseinandersetzungen an.

Am 17. April dieses Jahres wurde der rechtskonservative Bürgermeister von Malatya mit seinen beiden Enkeln und der Schwiegertochter durch einen Bombenanschlag getötet. "Zwei Tage lang beherrschte der Mob mit dem

Schlachtruf 'Rache für Hamido' die Stadt, bis Militär eingriff. Erst als tausend Soldaten die Stadt von der Umgebung abgeschnitten hatten und Disenjäger im Tieflflug über die Dächer heulten, kehrte wieder Ruhe ein. Bilanz des Malatya Aufruhrs: acht Tote, 60 Verletzte, 230 Verhaftete, 473 zerstörte Häuser.. Wenige Tage nach dem Attentat konnte die Polizei seine Urheber orten und 24 Beteiligte verhaften: Es waren 'Graue Wölfe', darunter der Sohn eines faschistischen Abgeordneten, die das Sprengstoffpaket in einem ihrer Stützpunkte hergestellt hatten - dem sogenannten Kernenergie - Zentrum in Ankara" (Zitiert nach "der Spiegel" vom 5.8.78).

Diese Handlungsweise passt genau in das Konzept der Demirel und Türkeş. Sie haben offen erklärt, dass die Ecevit-Regierung machtlos sei und dass sie sie stürzen werden. So werden Massen zum heiligen Kampf aufgerufen und Kraftaktionen wie die "Ehrung der Fahne" inszeniert, eine Demonstration, die wenige Tage nach der 1. Mai 78-Feier in Istanbul in der gleichen Stadt auf dem gleichen Platz veranstaltet wurde. Der Hauptinitiator dieser Demonstration Demirel behauptete; die durch die 1. Mai-Feier verlorengegangene Ehre der türkischen Fahne musste gerettet und der 1. Mai-Platz vom roten Schmutz gesäubert werden.



"Grauen Wölfe" bei der Ausbildung.

Sie lernen schlagen und morden.

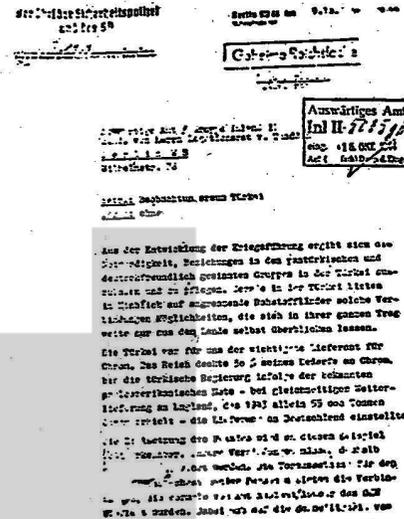
Wer sind nun eigentlich Türkeş, seine Partei MHP (Nationalistische Bewegungspartei) und die "Grauen Wölfe." Dazu schrieb die IG-Metall Zeitschrift in ihrer Ausgabe vom 6.9.78: "1917 wurde Alparslan Türkeş, dessen eigentlicher Name Hüseyin Feyzullah ist, auf Zypern geboren. Sein Kampf gilt der Errichtung einer "nationalsozialistischen Grosstürkei". In diesem grössenwahnsinnigen Staatsgebilde sollen die 100 Millionen Türken, ob sie nun in der UdSSR, in China, Bulgarien oder Griechenland leben, zusammengefasst werden. Vorbild für Türkeş ist das "Grossdeutsche Reich". 1944 galt er daher schon als der Führer der pantürkischen Bewegung, die für ein solches Reich kämpfte. Da verwundert es auch niemanden, dass ihn die Gestapo zu ihrem Favoriten in der Türkei machte. Am 9.10.1944 schrieb die Gestapo an das "Auswärtige Amt": 'Bisher bestanden aufgrund ihrer Haltung gute Verbindungen zu Alparslan Türkeş, Absolvent einer Offiziersschule und Führer der pantürkischen Bewegung.' Am 30. April 1978 hielt sich Türkeş denn auch in der Bundesrepublik nicht nur auf, um Strauss zu besuchen, sondern um den 'Todestag von Adolf Hitler zu feiern', meldete die Tageszeitung 'Politika'."

Und die Süddeutsche Zeitung vom 4.7.78 bemerkte: "Ihr Kampf gilt 'dreckigen Juden, kommunistischen Huren-söhnen und griechischen Hunden'. Ihr Ziel ist eine nationalistische, streng islamische Grosstürkei."

Der Nazi-Agent Türkeş (siehe Dokument) war von 1974 bis ende 1977 an der Regierungskoalition der "Nationalistischen Front" beteiligt und konnte somit seine Einflussphäre in den staatlichen Institutionen und in der Armee erweitern.

Türkeş in der BRD

Am 1. Mai 78 kam Türkeş mit Begleitung (Murat Bayrak) in die BRD. Es lohnt sich, über diesen Murat Bayrak (ehemaliger Abgeordneter der Demirel-Partei AP) mehr zu sagen. In einer Boulevard-Zeitung "Hürriyet" lesen wir: "In der Zeit, als die Hitler-Armeen Jugoslawien besetzten, in der Provinz 'Yeni Pazar' der als Mili



.....
 Bislang bestanden aufgrund ihrer Haltung gute Verbindungen zu folgenden Personen:

1. Alparslan Türkesh - Absolvent einer Offiziersschule und Führer der pantürkischen Bewegung.
2. Tekin Aryburun - Absolvent einer

.....

Unter allen Umständen muss gesichert werden, dass diese Personen auf weite Sicht für Deutschland wirksam werden können.

Das auswärtige Amt daher geboten, über die deutsche Botschaft in Ankara in geeigneter Weise die Verbindungen zu solchen Persönlichkeiten und Gruppen, speziell zu den genannten, zu halten und auszubauen.

St. Müller
 SS-Brigadeführer

(Dieses Schreiben ist an das auswärtige Amt gerichtet.)
 eingegangen am 16. Okt. 1944

Der Chef der Sicherheitspolizei
 und des SA

tärgouverneur tätige und nach dem Sieg der Tito-Anhänger zum Tode verurteilte Geschäftsmann Murat Bayrak kam der Behauptung, er sei ein Faschist so entgegen: "Wenn es Faschismus bedeutet, ein Nationalist und ein Kommunisten-Feind zu sein, dann sollen sie sagen, was sie wollen." Murat Bayrak, der Polyester-Rohstoff, Garn-Stoff- und Tomatenmarkfabriken besitzt, fügte hinzu: "Man sagt, ich sei ein Feind der Maoisten. Ich bin vor allem ein Feind der Kommunisten und Sowjet Russlands. Die Bedrohung kommt nicht aus China, sondern aus Russland. Es ist vieles wahr, was die Maoisten schreiben. Ich erwäge ob ich nicht die anti-sowjetischen Schriften einiger Maoisten in meiner Tageszeitung, die in Kürze erscheinen wird, drucken lasse. Denn wir haben den gemeinsamen Feind." (Tageszeitung "Hürriyet" 8.2.78)

Mit diesem aktiven Antikommunisten, der in verschiedenen Gebieten der Türkei nach SA-Muster die "Grauen Wölfe" ausbildet, kam Türkeş in die BRD. In München fand ein Geheimtreffen mit F.J. Strauss statt. Dazu die IG-Metall-Zeitschrift vom 6.9.78: "Am 3. Mai erklärte dann aber erst nach hartnäckigem Nachfragen, der CSU-Pressesprecher Rosenberg, 'dass ein reines Informationsgespräch zwischen Strauss und Türkeş stattgefunden habe'. Doch zu dem Inhalt 'sei nichts zu sagen'. Heute will der CSU-Pressesprecher nichts mehr von seiner damaligen Aussage wissen. 'Meines Wissens hat kein Gespräch stattgefunden.' Er und die CSU wissen, warum sie das Treffen jetzt ableugnen. Denn es war überhaupt kein 'reines Informationsgespräch'.

Und diese Faschisten mit blutigen Händen sollen jetzt offensichtlich von Strauss und seiner Partei unterstützt werden. Denn wir kennen die Aussage des CSU-Pressesprechers: "Und diejenigen, die unserer politischen Auffassung entsprechen, denen gewähren wir auch Unterstützung."

Die politische Tätigkeit der MHP in der BRD und Europa nimmt ständig zu. Besonders in der BRD ist eine starke Sammlungsbewegung zu beobachten. Nachdem die MHP-Auslandsvertretungen verboten worden sind, führen sie ihre Aktivitäten in den Terrororganisationen, wie

Koranschulen, Kulturvereinen oder Türkischen-Idealisten-Vereinen weiter. Hier zitieren wir die Süddeutsche Zeitung vom 4.7.78: "Der Berliner 'Kultur- und Solidaritätsverein' beispielsweise propagierte den 'zweiten Befreiungskrieg gegen eine Handvoll Kommunisten, Freimaurer, Volksfeinde und Ungläubige'; und in der Frankfurter Fatih-Moschee in der Klingstr. forderte der Geistliche schon mal die Gläubigen auf: 'Wir müssen allen Feinden des Islams den heiligen Krieg erklären und gegen sie kämpfen. Wer einen Kommunisten tötet, kommt ins Paradies.'"

Am 17./18. Juni dieses Jahres kamen in Frankfurt 64 faschistische Vereine (Aus der BRD, Belgien, Holland, Frankreich, Österreich) zusammen, um eine "Europäische Föderation" zu gründen. Dieser Zusammenschluss bildet eine unmittelbare Bedrohung für die fortschrittlichen Organisationen in der BRD, Westberlin und in anderen europäischen Ländern. Eine Organisation, die in der BRD traditionelle Freunde finden kann und ausschließlich Gewalt gegen Andersdenkende ausübt, ist gefährlich.

Die Gefahr des Faschismus ist in der Türkei eine konkrete Realität. Was unternimmt die Ecevit-Regierung dagegen? Sie zögert, sie duldet. Sie greift nicht entschieden genug ein. Zwar werden jetzt mehr Mörder gefasst als zu Demirels Amtszeit, jedoch können alle "Grauen Wölfe"-Höhlen legal arbeiten. Was nützt es, Mörder vors Gericht zu bringen, wenn die Quelle nicht erstickt wird.

Die Duldung des faschistischen Terrors wirkt noch unverständlicher, wenn man bedenkt, dass seit 1970 fast 100 CHP-Mitglieder und Anhänger ermordet worden sind. Die CHP-Führung, in der Ecevit tonangebend ist, versucht den Widerstand in den eigenen Reihen gegen den Faschismus zu unterdrücken obgleich ihre eigene Partei so viele Opfer bringen muss.

Auch die Rolle der organisierten Maoisten muss hierbei erwähnt werden. Ihre bekannte antisowjetische, anti-kommunistische Haltung verschafft ihnen gute Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit Faschisten, MIT, CIA und Konter-Guerilla (eine geheime Organisation,

die in- und ausländische Geldgeber hat, in der erz
reaktionäre Militärs und Staatsmänner tätig sind).
Sie arbeiten eifrig daran, einen günstigen Zustand
für einen faschistischen Putsch zu schaffen.

Was fordern die fortschrittlichen Kräfte?

Am 20. März dieses Jahres wurde unter der Führung der
DISK (Progressiver Gewerkschaftsbund) ein Warnstreik
gegen den Faschismus durchgeführt. Für 3 Stunden haben
alle DISK-Mitglieder ihre Arbeit niedergelegt. Ihnen
folgten auch fortschrittliche Lehrer, Angestellte im
öffentlichen Dienst, Richter und Anwälte. Es war eine
Protestaktion, die von der gesamten Bevölkerung unter-
stützt wurde. Diese Aktion ist ausserordentlich wichtig,
da sie trotz Generalstreik-Verbots durchgesetzt wurde.
Die Drohungen der Regierung, die DISK-Führern festzu-
nehmen, blieben ohne Wirkung.

Der 1. Mai 78 wurde massenhaft gefeiert. Die 1. Mai
Kundgebung gestaltete sich zu einer machtvollen Ma-
nifestation mit über 500 tausend Teilnehmer, die in
jeder Hinsicht die Mai-Kundgebungen von 1976 und 77
übertraf. Das Blutbad, dem am 1. Mai 77 37 Menschen
zum Opfer gefallen sind, konnte die diesjährige Be-
geisterung nicht eindämmen. Es wurde erneut bewiesen,
dass die Arbeiterklasse und alle Werktätigen der
Türkei Terror, Mord und Einschüchterungsversuchen
seitens der reaktionär-faschistischen Kräfte und ma-
nistischen Gruppen zum Trotz entschlossen sind, die
kämpferischen Traditionen des 1. Mails fortzusetzen.

Die Duldung des faschistischen Terrors wirkt noch zu
"Jahr 1980 über den Imperialismus abzuschnitten, ist es
vor allem notwendig, aus der NATO und der EWG auszu-
treten, alle ausländischen Militärbasen zu schließen,
alle bilateralen Verträge der Knechtschaft mit dem im-
perialismus zu zerreißen. Der Armee muss eine neue,
nationale und demokratische Form gegeben werden, damit
sie dem Volk der Türkei dient und nationale Souverä-
nität sichert. Um den faschistischen Terrorakten und
Besetzung des Staatsapparats, die die grösste Gefahr
bilden, Einhalt gebieten zu können, müssen MHP und alle
faschistische Organisationen verboten, Täter der poli-



Das Blutbad am 1. Mai 1977. Eine mörderische Gewaltaktion der faschistischen Kräfte, der 37 Menschen zum Opfer fielen.

tischen Morde bestraft und Faschisten und Agenten des
Imperialismus vom Staatsapparat, von der Armee und von
der Polizei entfernt werden. Von der Demokratie kann
keine Rede sein, solange die faschistischen Artikeln
141-142 des Strafgesetzbuches nicht aufgehoben werden,
die die TKP verbieten und auch gegen sozialistische
Parteien und demokratische Organisationen angewendet
werden. Beendigung der nationalen Unterdrückung, Verbot
rassistisch-chauvinistischer Propaganda, verfassungs

mässige Gleichberechtigung des kurdischen Volkes sind Voraussetzungen der Demokratie und Menschenrechte.

Unser Volk ist für Frieden und Abrüstung. Um den Frieden in unserem Raum zu sichern, ist es notwendig, mit den Nachbarstaaten, Sowjet Union an der Spitze, Freundschafts- und Nichtangriffsverträge zu schliessen, in Ägäis und auf Zypern eine friedliche Lösung anzustreben und eine friedliche und anti-imperialistische Aussenpolitik zu verfolgen.

Verwirklichung der ökonomischen und sozialen Forderungen unseres werktätigen Volkes setzt die Lösung dieser Kernfragen voraus.

Heute kämpfen, unter Führung der Arbeiterklasse, brei-
tete Massen der Werktätigen, Bauern, Lehrer, technische
Kräfte, Wertätige anderer Berufsgruppen, Jugend, Frauen
für die Lösung dieser Kernfragen gegen faschistische
Gefahr und gegen deren Quelle, den Imperialismus. TKP,
TIP, andere sozialistische Parteien und Gruppen, ein
wichtiger Teil der CHP, DISK, viele Gewerkschaften der
Türk-İş, demokratische Massenorganisationen, revolutionäre
Jugend- und Frauenorganisationen nehmen an diesem
Kampf in unterschiedlicher Fronten teil. Teilweise
geben sie sich alle Mühe, um eine Aktionseinheit bilden
zu können. Dass diese Einheit noch nicht voll in die
Tat umgesetzt werden kann, schwächt den Kampf unseres
Volkes. Keine einzelne Organisationen kann allein den
faschistischen Terror und Besetzung des Staatsapparates
verhindern. Die TKP, bewusst ihrer historischen Ver-
antwortung, macht an alle nationale, demokratische
Kräfte bekannt, dass sie für eine Aktionseinheit be-
reit sind. Zusammenarbeit und Aktionseinheit können
nur auf Basis einer gemeinsamen Plattform verwirklicht
werden, die von anti-imperialistischen, antifaschisti-
schen und anti-monopolistischen Kräften herausgearbei-
tet werden muss. Diese Front, diese Einheit der Kräfte,
die gegen faschistische Gefahr, gegen Imperialismus,
gegen Kriegshetze gegründet werden muss, kann nur dann
Erfolge erzielen, wenn sie eine organisierte Struktur
hat. Beteiligter dieser Front, die Souveränität, Gleich-
stellung und Kampfbruderschaft aller Parteien und
Organisationen zur Grundlage hat, müssen die Interessen

unseres Landes und unseres werktätigen Volkes über
alles schätzen. TKP ruft alle nationaldemokratische
Kräfte, Parteien, Organisationen, einzelne Personen,
patriotischer Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller,
Parlamentarier, Offiziere zur Verwirklichung dieses
Ziels auf. TKP, schlägt ein Zusammentreffen, ein Forum
vor, wo eine Plattform als Grundlage für die Einheit
der nationaldemokratischen Kräfte erarbeitet und orga-
nisatorische Fragen der Einheitsfront erörtert werden
soll.

TKP ruft alle nationaldemokratische Kräfte auf, sich
im Kampf für nationale Unabhängigkeit, Demokratie,
Frieden, soziale und ökonomische Rechte zusammenzu-
schliessen."

(Dem Aufruf vom 9.6.78 der ZK der Kommunistischen
Partei der Türkei entnommen)

TBÖK-Aufruf

Zum Antikriegstag veröffentlichte das Türkische Euro-
pa Komitee für Frieden und Freiheit einen Aufruf unter
der Losung "Die Türkei darf nicht in die Hände des
Faschismus fallen". Wir lesen: "...Aus all diesen Grün-
den unterstützen wir mit unserer ganzen Kraft die
Bestrebung der breiten Massen in der Türkei nach Frie-
den, Demokratie und gegen die faschistische Gefahr
und erwarten von der Ecevit-Regierung eine konsequente
Politik zur Realisierung folgender Forderungen der
demokratischen Öffentlichkeit:

-Die Verantwortlichen der faschistischen Attentate
müssen gestellt und schwerstens bestraft werden.

-Die faschistische Partei 'MHP' und alle weiteren
faschistischen Organisationen müssen aufgelöst und
zur Rechenschaft gezogen werden.

-Die Gesetzparagrafen und Vorschriften (u.a. die
141 und 142 des Strafgesetzbuches), die die Meinungs-
und Organisationsfreiheit ausschliessen, müssen aufge-
hoben werden.

Es müssen Sofortmassnahmen zum Schutze aller demokra-
tischen Organisationen, Frauen-, Jugend- und Berufs-
verbände vor faschistischen und antidemokratischen
Überfällen geschaffen werden. Die Kommunistische Partei
der Türkei muss legal arbeiten können."

In dem Aufruf wird ausserdem die Lage des kurdischen Volkes erwähnt: "Die kurdische Bevölkerung darf sich seit Jahrzehnten nicht in eigener Kultur und Sprache entfalten. Ihr Lebensraum ist bewusst unterentwickelt gehalten worden und sie ist besonderen Repressalien ausgesetzt."

Die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte machen sich keine Illusionen, sie werden jedoch auf ihren realistischen Forderungen bestehen, dass

- Demokratische Rechte und Freiheiten gewährt und garantiert werden.
- Die politischen Gefangenen freigelassen werden.
- Eine demokratische Bodenreform durchgeführt wird.
- Die Türkei aus der NATO und CENTO austritt und die militärischen Stützpunkte in unserem Land aufgelöst werden.
- Eine friedliche und auf gegenseitigen Vorteil beruhende Aussenpolitik betrieben wird.
- Die türkischen Truppen aus Zypern abgezogen werden.
- Die gewerkschaftlichen Rechte erweitert, das Recht auf freie Gewerkschaftswahl und das Recht auf Generalstreik gesetzlich anerkannt und die Aussperrung verboten wird. Das sind die Forderungen, die eine demokratische Wende in unserem Land herbeiführen könnten.

Aussenpolitik

Das Waffenembargo, das die US-Imperialisten über die Türkei verhängt und welches Aufsehen in der Weltöffentlichkeit erregt hatte, wurde aufgehoben. Dieses Embargo bestimmte gegenüber den Vereinigten Staaten lange Zeit die Aussenpolitik der Ecevit-Regierung. Es wurde propagiert, dass diese Aufhebung des Embargos eine Erleichterung für die Wirtschaftslage der Türkei mit sich bringen würde. Dies war auch ein taktischer Kampf gegen die Demirel-Opposition. Denn Demirel hatte während seiner Amtszeit die Aufhebung nicht erzwingen können. Es wird als ein Erfolg ausgegeben sich mehr US-freundlicher auszuweisen als Demirel und seine Gefolgschaft.

Das Hin- und Her mit diesem Waffenembargo ist jedoch nichts anders als die Verletzung unserer nationalen Souveränität. Denn ein Land, das in jeder Hinsicht vom Imperialismus abhängig ist, das die Mitgliedschaft in der NATO nicht aufheben will, leidet weiterhin unter dem Joch der Ausbeutung und Unterdrückung, mit oder ohne Waffenembargo.

Was bringt nun die Aufhebung dieses Embargos? Erstens werden alle Militärbasen der Amerikaner, die praktisch eine Bedrohung unserer Nachbarländer und der Sowjet Union bedeuten, wieder auf vollen Touren arbeiten. Und zweitens kann die Aufrüstung (im Konkurrenz mit Griechenland) wieder aufgenommen werden. Die Ausgaben für die Rüstung werden steigen und die Türkei wird sich für die Aufgabe, die Südflanke der NATO zu stärken, wieder voll engagieren.

Ecevit, der vor ein paar Monaten ein neues Verteidigungskonzept, das mehr "national" sein soll, bekannt gab, reiste anschliessend in die BRD und nach England. Es wurden neue Abkommen über Waffenlieferung und militärische Unterstützung unterschrieben. Hier erübrigt sich jeder weitere Kommentar über das neue Verteidigungskonzept.

Ecevit reist in die UdSSR

Ende Juni 78 reiste Bülent Ecevit in die UdSSR. Ein politisches und ein ökonomisches Protokoll wurden unterschrieben, in denen die Freundschaft der Sowjetunion gegenüber der Türkei erneut bezeugt wurde.

Die türkisch-sowjetischen Beziehungen sind ziemlich alt. Sie wurden auf freundschaftlicher Basis, schon während des Befreiungskriegs (1919-1922) gegen den Imperialisten gegründet. Die Sowjetunion hat in diesem Krieg sowohl moralische als auch materielle Hilfe geleistet.

Durch das Moskow-Abkommen, das am 16 März 1921 unterzeichnet wurde, bekam die junge türkische Regierung 10 Million Rubel Gold und sehr viele Waffen. Der Führer des Befreiungskriegs M.Kemal Atatürk sagte damals

anlässlich dieses Abkommens: "Durch dieses Abkommens, das von beiden Staaten unterzeichnet wurde, kam eine gegen den Imperialismus natürlich ercheinende Solidarität zustande."

Nach der Gründung der Türkischen Republik (29.10.23) würden die gutnachbarlichen Beziehungen weitergeführt. Die ökonomischen Hilfe, die aus der Sowjetunion kam, war und ist darauf gerichtet, in der Türkei die Fundamente der Schwerindustrie zu gründen. Ein Beispiel: Die Kredite, die vom 1968 bis 1974 gewährt wurden, waren 55,2% für Montan-Industrie, 7,7% für Rohölgewinnung, 5,8% für Holzbearbeitungsindustrie, 4,8% für Chemie-Industrie und 34% für Alliminium-Anlagen bestimmt.

Nach einem Abkommen, das im Dezember 77 beschlossen wurde, verpflichtet sich die Sowjetunion 22 Industriebetriebe zu entwerfen und zu errichten. Als Gegenleistung bekommt sie (wie fast immer) traditionale Agrarprodukte.

Nach dem neusten ökonomischen Protokoll, das Ecevit unterzeichnete, bekommt die türkische Regierung einen Kredit von 183 Million Dollar, Erdgas und das Bedürfnis der Türkei an Erdöl wird gedeckt.

Diese Politik der Ecevit-Regierung wird von den fortschrittlichen Kräften unterstützt. Es ist auch eine gerechte Forderung, die von Tag zu Tag von grösseren Massen ausgesprochen wird, dass die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern noch mehr ausgebaut werden.

Wirtschaftliche Lage

Die Türkei ist ein Land, das von NATO und imperialistischen Monopolen abhängig ist. Diese allseitige Abhängigkeit hat zur Folge, dass die zyklischen Wirtschaftskrisen der kapitalistischen Welt in diesem Land verheerende Auswirkungen haben, so dass die Mehrheit der Bevölkerung des Landes unter dem Existenzminimum lebt und die Kluft zwischen arm und reich sich in einem noch niedrigeren Massstab vertieft.

So verfügt z.B. 99,25% der Bevölkerung über nur 60% des Nationaleinkommens, die kleine Minderheit (0,75%) dagegen über 40%.

- 4 Millionen Menschen sind arbeitslos.
- 10 Millionen sind nur zeitweise beschäftigt.
- Die Inflationsrate liegt über 50%.

"...Die Regierung Ecevit, die seit Januar im Amt ist und über eine Parlamentsmehrheit von zwei Stimmen verfügt, versucht durch eine Abschirmung der Wirtschaft und eine massive Exportkampagne das wirtschaftliche Chaos zu überwinden. Die Türkei weist eine Inflationsrate von 50 Prozent und eine Arbeitslosenquote von 20 Prozent auf. Die türkische Industrie ist im Durchschnitt nur zur Hälfte ausgelastet. Das Land ist mit 16 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet. Der Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) über 450 Mill. Dollar und die laufenden Umschuldungsverhandlungen über 2,5 Mrd. Dollar sind daher nur ein Tropfen auf dem heissen Stein. Die Banken gehen ohne hin davon aus, dass die Schuldenzahlungen ein zweites Mal gestreckt werden müssen. Einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise sucht die Türkei durch eine Intensivierung der Ausfuhren von Industrie- und Agrarprodukten in die Nachbarländer."

(Zitiert nach der "Tagesspiegel" vom 3.9.78)

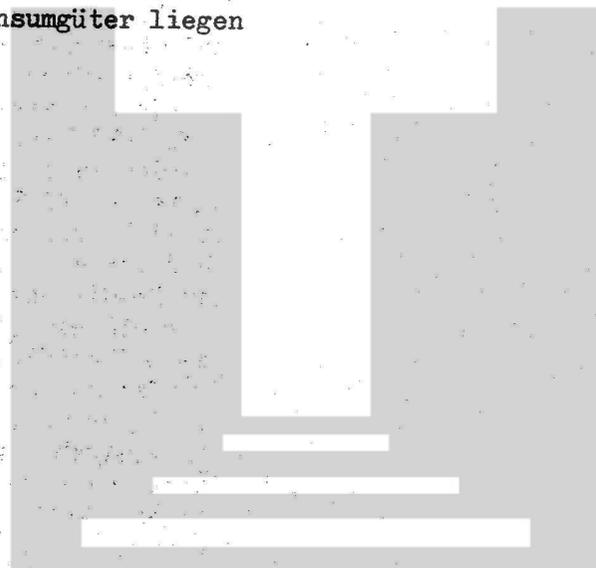
Die militärischen Ausgaben fressen den Löwenanteil des Staatshaushaltes (ca.40%). Eine 500.000 Personen zählende Armee wird unter Waffen gehalten, davon 20.000 auf Zypern (zahlenmässig zweitgrösste Armee in der NATO nach den USA).

Es gibt 101 NATO- und US-Militärstützpunkte und -Basen im Lande.

Es entfielen 1977 pro Einwohner an Ausgaben für Militär 1062 TL (Türkische Lira); Bildungszwecke 632 TL; Gesundheitswesen 161 TL; Wohnungsbau 61 TL und soziale Versorgungseinrichtungen 1 TL. (1 DM= 12,44 TL)

Die Regierung Ecevit will diese Krise durch die weitere Verpflichtungen an das ausländische Kapital überwinden. Die ökonomischen Massnahmen, wie die Abwertung der TL, der Lohnstop usw. werden von den imperialistischen Monopolen und ihren Organisationen wie IWF diktiert. Demnach wurde z.B. TL in einem Jahr um über 80% abgewertet.

Die Benzinpreise wurden innerhalb eines Jahres um 200% erhöht. Die Preiserhöhungen der Hauptkonsumgüter liegen zwischen 100-150%.



TÜSTAV



TÜSTAV

Herausgeber: KURTULUŞ
Türkische Arbeiterzeitung

KATZBACH STR 3, 1 BERLIN 61